

Neuer Bundestag

Abgeordnete müssen Nebeneinkünfte transparenter machen

Von *Sven Becker*

Mit der ersten Sitzung des Bundestags sind neue Regeln zur Nebentätigkeit von Abgeordneten in Kraft getreten. In Kürze wird die Öffentlichkeit genauer erfahren, was Parlamentarier extra verdienen. Kritikern geht das Reformwerk nicht weit genug.

Berlin - Die SPD hatte **Peer Steinbrück** im Herbst 2012 gerade zum Kanzlerkandidaten gekürt, da begann das Gerede um seine Vorträge bei Konzernen und Großkanzleien. Über achtzig Mal war der Ex-Finanzminister zwischen 2010 und 2012 bei Unternehmen wie der US-Bank JP Morgan, der Beratungsfirma KPMG oder den Anwälten von Freshfields aufgetreten und hatte dafür satte Honorare kassiert. Wie viel Steinbrück genau bekam, erfuhr die Öffentlichkeit zunächst nicht, weil die Verhaltensregeln für Abgeordnete dies nicht vorsahen. Als der Druck auf Steinbrück immer größer wurde, **veröffentlichte der Kandidat seine Honorare auf Euro und Cent.**

Auch der **Bundestag** reagierte auf die Debatte. SPD und Grüne forderten eine weitergehende Veröffentlichungspflicht für alle Abgeordneten. In diesem Frühjahr beschloss das Parlament mit den Stimmen von Union und FDP eine Reform, die jetzt in Kraft getreten ist. Bislang mussten Parlamentarier ihre Einnahmen aus Nebentätigkeiten lediglich in drei Stufen veröffentlichen: bis 3500 Euro, bis 7000 Euro und ab 7001 Euro. So blieb stets unklar, ob ein Politiker für einen Vortrag 7001 Euro oder aber 100.000 Euro einstecken konnte - beides fiel unter die diskrete "Stufe 3".

Mit der neuen Wahlperiode gelten nun zehn Stufen für "einmalige oder regelmäßige monatliche Einkünfte":

- Stufe 1:** 1000 bis 3500 Euro
- Stufe 2:** bis 7000 Euro
- Stufe 3:** bis 15.000 Euro
- Stufe 4:** bis 30.000 Euro
- Stufe 5:** bis 50.000 Euro
- Stufe 6:** bis 75.000 Euro
- Stufe 7:** bis 100.000 Euro
- Stufe 8:** bis 150.000 Euro
- Stufe 9:** bis 250.000 Euro
- Stufe 10:** mehr als 250.000 Euro

Wer sich am Dienstag durch die Profile der Abgeordneten auf der Bundestags-Homepage klickte, bekam von den neuen Stufen noch nichts zu sehen. Es werde wohl einige Zeit dauern, bis die Angaben von allen Bundestagsabgeordneten vorliegen würden, erklärte eine Sprecherin der Bundestagsverwaltung.

Anwälte sind von der Zehn-Stufen-Regel ausgenommen

Wenn es so weit ist, werden die Bürger nicht nur bei Peer Steinbrück genauer erfahren, was er nebenbei verdiente. Das Online-Portal abgeordnetenwatch.de veröffentlichte im Herbst 2012 eine **Top-Ten-Liste der Spitzenverdiener im Bundestag**. Auf Platz 3 stand damals etwa der Alterspräsident **Heinz Riesenhuber** (CDU), der jetzt die erste Bundestagssitzung eröffnete. Der 77-Jährige ist Mitglied in diversen Aufsichtsräten und Beiräten und hielt in der vergangenen Wahlperiode zahlreiche Vorträge.

Bislang erfuhr man nur, dass Riesenhuber laut abgeordnetenwatch.de mindestens 380.000 Euro in der vergangenen Legislaturperiode verdiente. Es könnten aber auch deutlich mehr gewesen sein. Demnächst muss Riesenhuber detaillierter als zuvor offenlegen, welche Summe ihm zum Beispiel die Kabel Deutschland Holding AG für seine Aufsichtsrats­tätigkeit überweist. Auch bei eifrigen Gastrednern wie **Michael Fuchs** (CDU) oder dem Arztlobbyisten Rudolf Henke (CDU) darf man auf präzisere Angaben gespannt sein.

Timo Lange von der Organisation **LobbyControl** sieht in der neuen Verhaltensregel für die Bundestagsabgeordneten eine "definitive Verbesserung", allerdings gebe es weitere "Transparenzlücken". LobbyControl hätte sich eine beitragsgenaue Offenlegung auf Euro und Cent gewünscht. Ein weiteres Problem, das die Reform nicht behoben hat, seien sogenannte Redneragenturen. Viele Abgeordnete

werden von Firmen wie "Celebrity Speakers" oder "Worldwide Speakers" gebucht - der wahre Auftraggeber bleibt geheim. Zudem seien Anwälte von der Zehn-Stufen-Regel ausgenommen. Aus Gründen des Mandantenschutzes müssen sie ihre Tätigkeit nur dem Bundestagspräsidenten anzeigen, wenn das Honorar einen bestimmten Mindestbetrag übersteigt.

Die Sonderregel betrifft viele Abgeordnete: Die 80 Anwälte und Notare machen die zweitgrößte Berufsgruppe im neuen Bundestag aus. Zumindest die Branche, aus der ein Mandat stammt, sollte aus Sicht von LobbyControl offen gelegt werden.

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-abgeordnete-muessen-nebeneinkuenfte-transparenter-machen-a-929348.html>

Mehr auf SPIEGEL ONLINE:

Neuer Bundestag Wer kommt, wer bleibt, wer geht (22.10.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,929136,00.html>

Erste Sitzung nach der Wahl Was Sie über den neuen Bundestag wissen müssen (22.10.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,929020,00.html>

Bundestagsradar Das sind Ihre neuen Abgeordneten (22.10.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,928497,00.html>

Lobbyismus-Debatte Bundesregierung verteidigt Klaedens Wechsel zu Daimler (21.10.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,929057,00.html>

Lobbyreport Regierung blockiert Kampf gegen Abgeordnetenbestechung (25.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,907617,00.html>

Streit über umstrittene Honorare Steinbrück beugt sich dem Druck (05.10.2012)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,859705,00.html>

Mehr im Internet

abgeordnetenwatch: Spitzenverdiener im Bundestag

<http://beta.abgeordnetenwatch.de/2012/10/08/spitzenverdiener-im-parlament>

LobbyControl

<https://www.lobbycontrol.de/>

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.

© SPIEGEL ONLINE 2013

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH